

Alexander Haritonow

Forschungen über Grabstätten sowjetischer Bürger auf deutschem Boden

1. Eine Aufgabe mit humanitärer Dimension

Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der deutschen Wiedervereinigung, mit der im neuen Russland seit den 1990er Jahren konsequent voranschreitenden Öffnung der Archive hat die historische Forschung zur Zeitgeschichte der deutsch-russischen Beziehungen und speziell der Tätigkeit der SMAD ganz neue Dimensionen angenommen. Vieles konnte seither erreicht werden, vieles wurde maßgeblich von der wissenschaftlichen Arbeit Jan Foitziks geprägt. Wenn wir uns nun darüber austauschen, wie sich das alles seither entwickelt hat und wo wir heute stehen, dann soll auch ein kurzer Überblick über Ergebnisse und Schwierigkeiten bei der Erforschung von Grabstätten sowjetischer Bürger auf deutschem Boden gegeben werden – über eine Aufgabe, die seinerzeit noch von der SMAD begonnen wurde und heute von Historikern fortgeführt wird.

Die Geschichte der SMAD und ihrer Tätigkeit in der SBZ Deutschlands verbindet sich in der Historiografie ebenso wie im öffentlichen Bewusstsein zuallererst mit politischen und wirtschaftlichen Prozessen, die zu einem grundlegenden Wandel der staatlichen Ordnung geführt haben. Wesentlich seltener wandte sich die Wissenschaft Problemen der Repatriierung sowjetischer Bürger zu, die aus unterschiedlichen Gründen ihr Land verlassen mussten: der Repatriierung von so genannten Ostarbeitern, Freiwilligen der Wehrmacht, Kriegsgefangenen, aber auch von Emigranten aus der Vorkriegszeit und aus dem zaristischen Russland¹. Noch geringer ist die Zahl der Historiker, die sich im Zusammenhang mit SMAD-Forschungen jener Problematik annahmen, die ursprünglich in den Zuständigkeitsbereich der SMAD-Abteilung beziehungsweise Verwaltung für die Repatriierung und

¹ Vgl. Jurij N. Arzamaskin, *Založniki Vtoroj mirovoj vojny. Repatriacija sovetskich graždan v 1944–1953 gg.* [Geiseln des Zweiten Weltkriegs. Die Repatriierung sowjetischer Bürger in den Jahren 1944–1953], Moskau 2001; M. Je. Jerin, *Sovetskie voennoplennye v nacistskoj Germanii 1941–1945. Problemy issledovanija* [Sowjetische Kriegsgefangene im nazistischen Deutschland 1941–1945. Probleme der Forschung], Jaroslavl' 2005; M.N. Solejman, *Sovetskie voennoplennye v Norvegii v 1941–1945 godach* [Sowjetische Kriegsgefangene in Norwegen in den Jahren 1941–1945], Moskau 2012.

Suche nach Bürgern der Vereinten Nationen fiel. Dazu gehörte auch die Ermittlung der Grabstätten von Bürgern der Vereinten Nationen, wobei in Ostdeutschland der Schwerpunkt natürlich auf der Suche nach Grabstätten sowjetischer Bürger lag, und dazu gehörte die Instandsetzung und Erhaltung der entsprechenden Friedhöfe. Dabei war dies eine Aufgabe von enormer humanitärer Bedeutung, die aber zugleich so umfangreich war, dass sie erhebliche Kräfte band und seinerzeit nicht zufriedenstellend abgeschlossen werden konnte. Hier öffnet sich ein interessantes Forschungsfeld, das nicht nur Licht ins bestehende Dunkel bringt, sondern auch bis heute eine wichtige humanitäre Rolle spielt².

2. Die Gräbersuche durch SMAD-Dienststellen

Die ersten Anweisungen zur Repatriierung gab der Frontmilitärrat bereits im Januar 1945 heraus. Die zielgerichtete, systematische Suche nach Grabstätten begann dann im Juni 1945, nachdem die Verordnung über die Tätigkeit der Abteilung Repatriierung der SMAD ergangen war³. Laut dieser Verordnung sollten sich die Unterabteilungen 1, 2, 4 und 5 der Abteilung mit der Erfassung in Deutschland verstorbener oder gefallener Bürger der UdSSR beschäftigen. Um dem enormen Arbeitsaufkommen gerecht zu werden, stellte die Abteilung Repatriierung der SMAD Ende Juli 1945 15 zusätzliche Offiziere für die Ermittlung von Grabstätten sowjetischer Bürger und Bürger der Vereinten Nationen ab⁴. Die Abteilung war übrigens dem Stabschef der SMAD und dem Bevollmächtigten des Rats der Volkskommissare der UdSSR für Repatriierungsangelegenheiten direkt unterstellt.

Anfang 1946 erfolgte eine Neustrukturierung der Abteilung Repatriierung, in deren Folge die Suche nach Grabstätten in einer Unterabteilung zusammengefasst wurde⁵. Dennoch existierten bis Juni 1946 zwei de facto voneinander unabhängige Instanzen, die sich dieser Aufgabe widmeten,

² Für die Lebenden – der Toten gedenken = *Vo imja živych – pomnit' o pogibščich*: Ein internationales Gemeinschaftsprojekt zur Erforschung des Schicksals sowjetischer und deutscher Kriegsgefangener und Internierter, hrsg. von der Stiftung Sächsischer Gedenkstätten u. a., Dresden 2003.

³ GARF, fond 7317, op. 20, d. 3, Bl. 6–10, Anweisung an den Leiter der Abteilung Repatriierung beim Militärrat der Front bezüglich Aufnahme, Gewahrsam, Erfassung und Verlegung sowjetischer Bürger vom 31. 1. 1945.

⁴ GARF, fond 7317, op. 20, d. 3, Bl. 54ff., Verordnung über die Tätigkeit der Abteilung Repatriierung der SMAD vom 23. 6. 1945.

⁵ GARF, fond 7317, op. 20, d. 3, Bl. 61, Jahresbericht über die Tätigkeit der Abteilung Repatriierung und Suche nach vermissten Bürgern der vereinten Nationen beim Stab der SMAD im Zeitraum Juni 1945 – Juni 1946 vom 25. 6. 1946.

denn neben der Abteilung Repatriierung der SMAD gab es noch die Repatriierungsverwaltung bei der Feldverwaltung der Gruppe der sowjetischen Besatzungsstreitkräfte in Deutschland. Erst mit dem Befehl Nr. 0159 des Oberbefehlshabers der SMAD vom 25. Juni 1946 wurde eine einheitliche Verwaltung für die Repatriierung von Bürgern der UdSSR und ausländischen Bürgern errichtet.

Doch auch diese Institution war mit der Menge der anstehenden Aufgaben überfordert. Wie aus einem Bericht der Abteilung Repatriierung aus dem Jahre 1948 hervorgeht, hätten die verfügbaren Mitarbeiter an die zehn Jahre gebraucht, um alle Grabstätten zu ermitteln, zu erfassen und die entsprechenden Grablisten zu erstellen. Deshalb wurden bereits seit 1946 und verstärkt seit 1947 deutsche Selbstverwaltungsorgane sowie die Verwaltungen der Länder und Provinzen der SBZ in die Arbeit einbezogen.

Die Aufgabe gestaltete sich schwierig. Wichtige Fragen blieben so häufig offen, dass in Anbetracht der Bedeutung des Anliegens das Thema sogar auf die Tagesordnung von Sitzungen des Rats der Außenminister kam, etwa bei der Sitzung in Moskau am 23. April 1947⁶. Übereinstimmend beschlossen die vier Siegermächte, in den westlichen Besatzungszonen einen deutschen Suchdienst für vermisste Deutsche einzurichten. Dorthin sandte man auch Informationen über Grabstätten sowjetischer Bürger, die von Mitarbeitern der SMAD regelmäßig genutzt wurden. Ende 1947 hatte man ein mehr oder weniger vollständiges Register von Grabstätten sowjetischer Bürger in der SBZ zusammengetragen. Aus zahlreichen Einzelgräbern wurden sterbliche Überreste damals schon auf größere Gedenkfriedhöfe umgebettet, die besser zu pflegen waren. Im Frühjahr 1949 begannen die Militärkommandanten der Städte und Gemeinden, Kriegsfriedhöfe und Grabstätten sowjetischer Bürger in die Obhut deutscher Selbstverwaltungsorgane zu übergeben und sie mit der Erhaltung und Pflege zu beauftragen. Zu diesem Zeitpunkt hatte man insgesamt 40.865 Gräber sowjetischer Soldaten und 37.437 weitere Grabstätten sowjetischer Bürger ermittelt.

3. Grabstättenforschung und -pflege als gemeinsame Aufgabe

70 Jahre nach Kriegsende hat die Gräbersuche naturgemäß etwas an Aktualität verloren. Doch der Wunsch vieler Menschen aus der ehemaligen Sowjetunion, zu erfahren, wo genau ihre Angehörigen ihre letzte Ruhestatt

⁶ GARE, fond 7317, op. 20, d. 3, Bl. 90ff., Rat der Außenminister. Abgestimmte Entscheidungen des Rats der Außenminister vom 23. 4. 1947.

fanden, ist heute mindestens genauso stark wie damals. Mehr noch, moderne Kommunikationsmittel, vor allem das Internet, brachten diesen über lange Zeit verborgenen, ja in gewisser Weise verdrängten Wunsch wieder an die Oberfläche, so dass heute Hunderttausende Familien wieder nach den Grabstätten ihrer Vorfahren suchen.

Die Grundlage für ihre Suche bilden sowohl SMAD-Dokumente als auch die seinerzeit von deutschen Einrichtungen ausgestellten Erfassungspapiere für sowjetische Kriegsgefangene, die nach dem Zweiten Weltkrieg in die UdSSR verbracht und dort archiviert worden waren. Doch die Türen dieser Archive öffneten sich bekanntlich erst nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion. Die Auswertung der Dokumente schreitet freilich nur langsam voran. Im Zuge intensiver wissenschaftlicher Kontakte zwischen Historikern und Archivaren verschiedener Länder wurde es Schritt für Schritt wieder möglich, mit den in den Augen der breiten Öffentlichkeit, aber auch vieler Historiker lange Zeit verloren geglaubten Dokumenten zu arbeiten. Im Rahmen eines ersten Kontakts ergab es sich unter anderem, dass der ehemalige stellvertretende Leiter des Zentrums für Geschichte, Archivwesen und militärische Gedenkarbeit beim Generalstab der Streitkräfte der Russischen Föderation, Oberst Viktor Muchin, im April 1996 an einer Konferenz in Riesa teilnahm und dort einen Vortrag über deutsche Unterlagen zu sowjetischen Kriegsgefangenen im Zentralarchiv des russischen Verteidigungsministeriums hielt. Zu diesem Zeitpunkt konnte man bereits offen über die Existenz dieser Dokumente sprechen, nachdem 1993 in Russland das Gesetz „Über die Verewigung des Gedenkens an die Gefallenen bei der Verteidigung des Vaterlandes“ verabschiedet worden war, das sich auch auf sowjetische Kriegsgefangene erstreckte.

In der Folgezeit begannen zunächst Russland, später auch die Ukraine und die Republik Belarus mit der Übergabe von Unterlagen über ehemalige sowjetische Kriegsgefangene, die Filtrationslager durchlaufen hatten, aus den Archivbeständen des ehemaligen KGB an regionale zivile Archive. Dabei wurden die Dokumente nicht nur zur Aufbewahrung eingelagert, sondern zur Nutzung freigegeben, wovon Historiker und Publizisten regen Gebrauch machten. Die Ergebnisse ihrer Arbeit veröffentlichten sie in Form von Büchern oder – wie zum Beispiel in der Region Perm – im Internet⁷.

Um das Gedenken an die sowjetischen Kriegsgefangenen auch in Deutschland entsprechend zu institutionalisieren, begann man in Russland mit der Suche nach geeigneten Partnern in Deutschland. Eine wichtige Rolle dabei

⁷ Vgl. www.politarchive.perm.ru/vplen und www.permgani.ru/vplen.

spielte die erwähnte Konferenz in Riesa 1996, an der mehrere Vertreter der Russischen Föderation teilnahmen. Sie legte gewissermaßen den Grundstein für die Zusammenarbeit auf diesem Gebiet zwischen Russland und Deutschland. Die gemeinsamen Anstrengungen führten schließlich zur Freigabe der Unterlagen der Wehrmachtsauskunftsstelle (WASSt) aus dem Podolsker Militärarchiv auch für deutsche Historiker zu wissenschaftlich-humanitären Zwecken. Damit war der Weg frei für die Planung unseres Projekts „Sowjetische und deutsche Kriegsgefangene und Internierte. Forschungen zum Zweiten Weltkrieg und zur Nachkriegszeit“. 2000 begann dann die konkrete Projektarbeit, gefördert aus Mitteln des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien sowie der „Gemeinsamen Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen“. Bis 2014 wurde dieses Projekt ununterbrochen von Klaus-Dieter Müller geleitet. Für die Instandsetzung der Friedhöfe ist Wolfgang Scheder verantwortlich, während dem Autor dieses Beitrags die Zusammenarbeit mit Archivvertretern in den Nachfolgestaaten der UdSSR, die Suche nach Unterlagen und deren anschließende Aufarbeitung obliegen. Im Zuge der Projektarbeit trafen politische Kreise in Weißrussland und der Ukraine ähnlich gelagerte Entscheidungen; sie gaben Unterlagen über sowjetische Kriegsgefangene zur Nutzung frei.

Heute trägt das Projekt in erster Linie einen ausgeprägt humanitären Charakter. So ist es zu einer guten Tradition geworden, die Namen der ermittelten Kriegsgefangenen aus einer bestimmten Gegend in den regionalen Medien zu veröffentlichen, um deren Angehörige ausfindig zu machen. Im Rahmen feierlicher Gedenkveranstaltungen übergibt die Dokumentationsstelle dann den Angehörigen Kopien der deutschen Unterlagen mit den letzten Erinnerungen an ihre Väter und Großväter. Mit besonderer Dankbarkeit nehmen die Menschen Informationen über den konkreten Ort entgegen, an dem ihr Angehöriger die letzte Ruhestätte fand, können sie doch auf diese Weise wenigstens auf der Landkarte noch einmal Abschied nehmen. Seit 2009, als die Dokumentationsstelle für interessierte Bürger Kriegsgefangenenlisten im Internet bereitstellte, stieg die Zahl der jährlichen Anfragen auf bis zu 9000 pro Jahr und bleibt seitdem konstant auf diesem hohen Niveau⁸.

⁸ Nicht unerwähnt bleiben darf an dieser Stelle auch die Arbeit des von der Stiftung Erinnerung, Verantwortung, Zukunft finanzierten Projekts zur Erfassung aller auf deutschem Territorium befindlichen Grablagen russischer beziehungsweise sowjetischer Opfer beider Weltkriege. Im Rahmen dieses Projekts dokumentiert das Deutsch-Russische Museum Berlin-Karlshorst die in Deutschland bekannten Ehrenmäler und Gedenkstätten für sowjetische Bürger. Bislang sind rund 4100 Orte erfasst.

Die Arbeit mit Unterlagen der Gruppe der sowjetischen Besatzungstreiberkräfte in Deutschland gestaltet sich insofern schwierig, als deren Herkunft nicht immer klar erkennbar ist. Wie bereits erwähnt, beschäftigten sich anfangs sowohl die Armee als auch die SMAD mit der Ermittlung von Grabstätten sowjetischer Bürger. In den 1950er Jahren gelangten die archivierten Unterlagen nicht nur in die zentralen Archive der Russischen Föderation, sondern auch in die einzelnen Unionsrepubliken. So befinden sich zum Beispiel die Berichte der Kommission zur Ermittlung der Opferzahlen im Kriegsgefangenenlager Zeithain bei Riesa im Stadtarchiv Kiew, ein Teil der Unterlagen der Verwaltung Inneres der SMAD lagert im Zentralarchiv des ukrainischen Sicherheitsdiensts und so weiter. Die Akten der von sowjetischen Militärtribunalen verurteilten Deutschen sind auf verschiedene Archive in Russland, der Ukraine und der Republik Belarus verteilt. Dabei ist dieses Material von besonderem Interesse, da unter den Verurteilten auch viele Vertreter ehemaliger Lagerverwaltungen waren, die bei ihren Verhören unter anderem Aussagen zu den Gräbern sowjetischer Bürger gemacht haben, die in dem betreffenden Kriegsgefangenenlager verstorben waren.

4. Zur Bedeutung der Aktenüberlieferung

In den zurückliegenden rund 14 Jahren haben die Arbeit an dem Projekt und speziell die Suche nach Grabstätten sowjetischer Bürger in Deutschland gezeigt, dass die im Staatsarchiv der Russischen Föderation lagernden SMAD-Dokumente nicht die herausragende Bedeutung besitzen, die man ihnen vielleicht auf den ersten Blick zuschreiben mag. Freilich, es sind dort Hunderte von Grabstätten erfasst, es gibt Namenslisten von sowjetischen Bürgern, die in der SBZ begraben wurden. Sowjetische Militärmissionen haben auch mit den Militärverwaltungen der Alliierten in Deutschland zusammengearbeitet und Grabstätten in den anderen Besatzungszonen erfasst, entsprechende Namenslisten erstellt. Doch sind diese Listen bei weitem nicht vollständig. Anfang 1950 sah sich die Sowjetische Kontrollkommission in Deutschland zum Beispiel veranlasst mitzuteilen, dass die amerikanischen Besatzungsbehörden in ihrem Zuständigkeitsbereich nicht das nötige Interesse an Grabstätten sowjetischer Bürger zeigten, sowjetische Offiziere

Informationen über die hier bestatteten Menschen sind im Projekt allerdings nicht vorgesehen. Ebenso wenig geht es um eine Dokumentation der ursprünglichen Grablagen vor den Umbettungen. Das ist für Angehörige von Toten und Vermissten häufig unbefriedigend. Dieses Projekt kann die Arbeit der Dokumentationsstelle nicht ersetzen, aber wirkungsvoll ergänzen.

daher keine Möglichkeit hätten, Einzelgräber auf Gedenkfriedhöfe umzubetten, und dass die Friedhöfe nicht offiziell zur Pflege an deutsche Behörden übergeben worden wären⁹. Aus der französischen und der britischen Besatzungszone kamen recht detaillierte Angaben zu den Grabstätten, doch auch hier gilt es zu berücksichtigen, dass man bei der Zusammenstellung der Opferlisten die Unterlagen der WAST nicht in vollem Umfang verwendet hat. Das hatte zweierlei Gründe: Zum einen waren Erfassungsunterlagen der WAST über sowjetische Kriegsgefangene bereits im Sommer 1945 an die Sowjetunion übergeben worden, aber für die Öffentlichkeit und selbst für Mitarbeiter der SMAD nicht zugänglich, und zum anderen hatten weder sowjetische Einrichtungen noch deutsche Selbstverwaltungsorgane Zugriff auf die Unterlagen sowjetischer Kriegsgefangener aus Lagern, die von den Alliierten befreit worden waren. Bis heute gibt es leider keine Möglichkeit, mit diesen Dokumenten zu arbeiten, denn der UdSSR wurden hauptsächlich Unterlagen der WAST-Zentralkartei, nicht aber die Registraturunterlagen der Lager übergeben. Besonders wenig Material wurde seinerzeit zu den Lagern übergeben, in denen nicht ausschließlich sowjetische, sondern auch Kriegsgefangene der westlichen Alliierten untergebracht gewesen waren.

Deshalb ist es erst in den letzten Jahren gelungen, auf der Basis von Unterlagen der SMAD, der WAST, des Internationalen Suchdiensts in Bad Arolsen und des Volksbunds Deutsche Kriegsgräberfürsorge die Namen von Tausenden Opfern zu ermitteln, die bislang namenlos auf deutschen Friedhöfen ruhten. Dazu haben unter anderem die politisch bedeutsamen Entscheidungen Russlands, der Ukraine und der Republik Belarus beigetragen, im Rahmen unseres Projekts den Zugang zu Kriegsgefangenen-Dokumenten freizugeben, sowie der Beschluss der Europäischen Institute, Zugang zu den Archiven des Internationalen Suchdiensts zu gewähren. Wichtig war auch die Unterstützung durch den Volksbund¹⁰. Insgesamt gibt es in Deutschland nach vorsichtigen Schätzungen mindestens 600.000 Grabstätten sowjetischer Bürger. Es steht also noch eine enorme Arbeit bevor, sie alle namentlich zuzuordnen und die Ergebnisse den Angehörigen und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

⁹ GARE, fond 7317, op. 20, d. 2. Bl. 65ff., hier Bl. 67, Bericht über die Tätigkeit der Offiziere sowjetischer Repatriierungsmissionen in den Westzonen Deutschlands in Bezug auf die Kontrolle des Fortgangs der Übergabe und Instandsetzung von Friedhöfen und Grabstätten vom 14.7.1950.

¹⁰ Vgl. Narben bleiben. Die Arbeit der Suchdienste – 60 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg, hrsg. von der Stiftung Sächsischer Gedenkstätten u. a., Garching 2005.

